

Diskussion

DDR-Sozialismus und Patriarchat¹

Ursula Schröter

Der folgende Aufsatz bietet einen Rückblick auf die DDR-Frauen- und Familienpolitik aus einer Sicht, in der sich DDR-Wissen mit 20-jährigen alternativen Erfahrungen und nicht zuletzt mit partiellen Kenntnissen der gegenwärtigen Patriarchats- bzw. Matriarchatsforschung verbindet. Zu dem letzten Punkt sind allerdings gesicherte Aussagen in der Literatur rar; es gibt nach meiner Wahrnehmung keine unumstrittene Theorie zur Entstehung des Patriarchats, insofern auch keine unumstrittene Definition. Von der deutsch-amerikanischen Historikerin Gerda Lerner stammen die Sätze: „Das System des Patriarchats ist ein historisches Konstrukt. Es hat einen Anfang, und es wird ein Ende haben. Seine Zeit scheint zur Neige zu gehen, denn es dient nicht mehr den Bedürfnissen von Männern und Frauen, und seine unauflöbliche Verstrickung mit Militarismus, hierarchischer Struktur und Rassismus ist eine unmittelbare Bedrohung für den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten.“² Und die Österreicherin Eva Cyba, die die unterschiedlichen Patriarchatsdefinitionen recherchiert hat, kommt zu dem Schluss, dass alle Definitionen auf die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und auf asymmetrische Machtbeziehungen verweisen – und auf die Tatsache, dass es sich dabei nicht um ein natürliches Phänomen handelt.³ Noch vielfältiger sind die Auffassungen, die es heute zur Frühgeschichte der Menschheit gibt, also zu der Zeit vor dem Patriarchat. Sie reichen von der Vermutung, dass es niemals ein Matriarchat gegeben hätte,⁴ bis dahin, dass matriachale Muster bis heute die Gesell-

1 Überarbeitetes Manuskript eines Vortrages, der am 15. September 2011 im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde gehalten wurde.

2 Gerda Lerner: Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt/Main-New York 1991, Klappentext.

3 Siehe Eva Cyba: Patriarchat: Wandel und Aktualität, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2004, S.15.

4 Siehe Helen Fisher: Das starke Geschlecht. Wie das weibliche Denken die Zukunft verändern wird, München 2000, S.202.

schaft prägen, also diesbezüglich niemals ein deutlicher Bruch stattgefunden habe.⁵ Entsprechend umstritten sind die Definitionen. Dazwischen liegen Meinungen, nach denen weltweit in den tropischen, subtropischen und gemäßigten Zonen der Erde matriachale Gesellschaftsformen existierten, die sich in Enklaven bis in die Gegenwart erhalten haben.⁶

All diese theoretischen Überlegungen wären für den Rückblick auf die DDR uninteressant, wenn nicht auch dem real-sozialistischen Konzept eine bestimmte Auffassung zur Patriarchatsentstehung und -überwindung zugrunde gelegen hätte. Bekanntlich ging Friedrich Engels mit Bezug auf damals aktuelle Forschungen von Bachofen und anderen davon aus, dass es erstens in der Menschheitsentwicklung eine „Herrschaft der Weiber“⁷ gab und dass zweitens mit der Entstehung von Klassen die Männerherrschaft entstanden sei. „Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus zwischen Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“⁸ So gesehen hatte es seine Logik, dass mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln – Fernziel: klassenlose Gesellschaft – auch die patriarchalische Familie und das hierarchische Verhältnis zwischen Mann und Frau abgeschafft seien. Oder wie es August Bebel in seinem berühmten Buch „Die Frau und der Sozialismus“ ausdrückte: mit dem Ende der Klassenherrschaft ende auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.⁹

Einige Linke in der Bundesrepublik leiteten daraus die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch ab. In der DDR gab es diese Begrifflichkeit nicht, wohl aber die entsprechende Politik. Die Frauenfrage war in die Klassenfrage, in die „soziale Frage“ eingeordnet, was in der praktischen Politik nicht selten eine Unterordnung bedeutete. Frauenbefreiung galt als Bestandteil der Arbeiterbefreiung. Die schon erwähnte Gerda Lerner konnte nun in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts nachweisen, dass patriarchale Strukturen sehr viel früher entstanden sind als die Klassengesell-

5 Siehe Annette Kuhn: *Historia. Frauengeschichte in der Spirale der Zeit*, Opladen- Farmington Hills 2010.

6 Siehe Heide Göttner-Abendroth: *Matriarchat: Forschung und Zukunftsvision*, in: Becker/Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch*, S.21.

7 Nach Heide Göttner-Abendroth eine unzulässige Gleichsetzung mit dem Matriarchat, ebenda, S.25.

8 Friedrich Engels: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: Karl Marx/Friedrichs Engels: *Werke (MEW)*, Bd. 21, Berlin 1984, S.25-173, hier S.68.

9 August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus*, Berlin 1954, S.575.

schaft. Sie war zunächst auch von marxistischen Positionen ausgegangen, kam dann aber zu dem Schluss, dass die männliche Kontrolle über weibliche Sexualität bzw. die „Aneignung der sexuellen und reproduktiven Kapazität der Frauen durch die Männer“ Ausgangspunkt patriarchaler Gesellschaften war.¹⁰ Und diese Aneignung fand lange vor der Entstehung von Privateigentum an Produktionsmitteln statt. Gerda Lerner war sich sicherlich der Brisanz dieser Forschungsergebnisse für die Frauenpolitik der damals noch existierenden sozialistischen Länder bewusst. Denn wenn Männerherrschaft sehr viel älter ist als Klassenherrschaft, dann muss sie nicht ins Wanken geraten, sobald die traditionelle Klassenstruktur infrage gestellt wird. Dann stimmen die Ausgangspunkte der sozialistischen Frauenpolitik nicht. Oder anders gesagt: Wenn Männerherrschaft sehr viel älter ist als Klassenherrschaft, dann kann es ein sozialistisches Patriarchat geben bzw. gegeben haben.

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Solche Überlegungen stoßen vor allem bei Ostdeutschen vielfach auf Unverständnis, mitunter auf Ablehnung. Denn gerade auf dem Gebiet von Frauen- und Familienpolitik waren die Differenzen zwischen DDR und Bundesrepublik so gravierend, dass sich eine rückblickende Kritik an patriarchalen Strukturen – in der DDR genauso wie in der Bundesrepublik – zu verbieten scheint. Mir geht es auch nicht darum, die Besonderheiten des sozialistischen Patriarchats gegenüber der jetzt so selbstverständlich erscheinenden kapitalistischen Variante unkenntlich zu machen. Es gab in der DDR international anerkannte, vorbildliche frauenpolitische Maßnahmen und Gesetze, die eine Veränderung der Lebensweise bewirkten.

Dazu exemplarisch:

- Der Gleichberechtigungsgrundsatz musste in der DDR 1949 nicht wie in der Bundesrepublik mittels Frauenprotesten in die Verfassung gedrückt werden, sondern gehörte zu den Selbstverständlichkeiten.
- Das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in allen familiären Angelegenheiten wurde 1950, also 27 Jahre früher als in der ehemaligen Bundesrepublik, juristisch aufgehoben.
- Weibliche Berufstätigkeit war nicht nur, wie nach 1990 oft behauptet wurde, der ökonomischen Notwendigkeit geschuldet, sondern gehörte

10 Lerner, Entstehung, S.26.

zum Konzept. August Bebel sprach in diesem Zusammenhang von einem Grundgesetz des Sozialismus.

- Damit hängt zusammen, dass die Bildungsoffensive für Frauen, die nach aktuellen Sozialberichten in Deutschland in den 80er-Jahren stattgefunden hätte, in der DDR für die 50er- und 60er-Jahre nachweisbar ist. Seit Mitte der 70er-Jahre gab es im formalen Qualifikationsniveau bei den unter 60-jährigen keine signifikanten Geschlechterunterschiede mehr.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Es gab in der DDR keinen „feministischen Aufruhr“, keine Kinderläden, keinen erbitterten Kampf um das Abtreibungsrecht, kein Frauenministerium, keine Bewegung PorNo usw. Aber es gab seit Ende der 60er-Jahre flächendeckend öffentliche Kinderbetreuung, seit 1972 das Abtreibungsrecht und Ende der 80er-Jahre eine Mütterrate von 92 und eine Frauenberufstätigenrate von 91 Prozent.

Die auffälligen Unterschiede zwischen dem westlichen und östlichen Frauenleben und damit auch zwischen den Orientierungen und Lebensansprüchen der Frauen wurden unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik von Politik und Sozialwissenschaft sehr heftig debattiert. Nach meiner Wahrnehmung gab es in den 90er-Jahren zunächst eine Phase, in der an der westlichen Norm kaum gerüttelt und eine Anpassung der östlichen Ansprüche an westliche Standards erwartet wurde, und das ausdrücklich nicht nur bezogen auf den Institutionen-Transfer, sondern auch hinsichtlich der Wertorientierungen und Verhaltensweisen.

Mit Blick auf Frauen betraf das vor allem die sogenannte Erwerbsneigung. Damals waren es nicht nur Politiker, die behaupteten, ostdeutsche Frauen würden die Männer vom Arbeitsmarkt verdrängen. Es gab Mitte der 90er-Jahre soziologische Studien, die – methodisch korrekt – belegten, dass die Arbeitsplätze im Osten ausreichen würden, wenn die Frauen eine ähnlich niedrige Erwerbsneigung hätten wie im Westen.¹¹ Auch für andere Probleme wie Kindesstörungen versprach man sich nach Überwindung der DDR-Relikte Lösungen. Besonders aufwendig wurde die deutlich höhere Mütterrate der DDR beforscht und schließlich mit der sogenannten Instrumentalisierungsthese begründet. DDR-Frauen (meiner Generation) wurde unterstellt, sie hätten sich zum Kinderkrieg instrumentalisieren lassen. Sie seien an Wohnungen, an Geld (Stichwort: Ehekredit) oder an dem zeit-

11 Siehe Rüdiger Pohl: Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Berlin 1995.

weiligen Ausstieg aus der Berufstätigkeit (Stichwort: Babyjahr) interessiert gewesen.¹²

Später und vor allem in den letzten fünf/sechs Jahren sind die offiziellen Verlautbarungen zu diesem Thema differenzierter geworden. Im jährlichen Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit wurde 2008 erstmals festgestellt, dass es bezüglich weiblicher Erwerbsneigung eine Annäherung des Westens an den Osten gibt. Die Daten sind eindeutig. Im Osten ist der Anteil derer, die sich als freiwillige Hausfrauen bezeichnen, seit 20 Jahren immer unter fünf Prozent geblieben, die Allbus-Befragung von 2010 weist 2,1 Prozent aus. Auch im Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung ist von zwei Prozent Hausfrauen im Osten die Rede. Das ist eine Größe, die aus statistischer Sicht vernachlässigt werden kann. Im Westen ist der Anteil von etwa 30 auf jetzt 18 Prozent gesunken. Auch was die zugehörige Polemik betrifft – Stichwort Rabenmutter oder auch die abwertenden Argumente zur öffentlichen Kinderbetreuung – zeigt sich jetzt ein sachlicheres Herangehen bzw. eine Verringerung konservativer Vorbehalte. Das betrifft auch die Auffassungen zur DDR-Familie. Inzwischen werden sowohl die Rückzugs-These als auch die These von der Versorgungsgemeinschaft kritisch gesehen.¹³

Auch zur Geburtenhäufigkeit und zu anderen familiären Entscheidungen gibt es in den letzten Jahren eine Entwicklung, die sich deutlich von der in den 90er-Jahren unterscheidet. Seit 2008 ist die Geburtenrate im Osten wieder höher als im Westen. Ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Mutter und Kinderlosigkeit besteht in den östlichen Bundesländern nicht. Während für die alten Länder nach wie vor gilt, dass vor allem hoch qualifizierte Frauen auf Kinder verzichten, tritt in den neuen Ländern – genau wie in der DDR – dieser Trend nicht auf. Im Gegenteil, es sind gegenwärtig gerade die hoch gebildeten Frauen, die die Mütterrate der letzten DDR-Jahre wieder erreicht haben. Auch Frauen, die eher zum unteren Teil der Bildungsskala gehören, verhalten sich bezüglich einer Familiengründung anders. Im Osten gehören sie eher zu den Kinderlosen, im Westen eher zu den Kinderreichen. Im Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung werden diese regionalen Unterschiede – sicherlich zu

12 Siehe Johannes Huinink: Familienentwicklung und Haushaltgründung in der DDR. Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? Arbeitsbericht 5/93 des Projektes „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

13 Siehe Gitta Scheller: Partner- und Eltern-Kind-Beziehung in der DDR und nach der Wende, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B19/2004, S.33-38.

Recht – mit den unterschiedlichen frauenpolitischen Traditionen begründet.¹⁴ Da Frauen, die heute im gebärfähigen Alter sind, bestenfalls Kindheitserinnerungen an die DDR haben können, ergibt sich daraus, dass im Osten stabile Familien-Orientierungen, stabile familiäre Verhaltensweisen existieren müssen, die sich auch auf die junge Generation übertragen und die – wie alles Familiäre – stärker von Frauen als von Männern geprägt werden. Vielleicht kann man von einer spezifisch östlichen stabilen Familienphilosophie sprechen, die die „Erwerbsneigung“ gleichrangig neben die „Mutterneigung“ stellt.

Die auffälligen Unterschiede zwischen Ost und West in familiären Entscheidungen sorgen bis heute für Debatten zwischen den Frauen in Deutschland. Westliche Feministinnen hatten mit dem gesellschaftlichen Umbruch 1990 die Hoffnung verbunden, dass sich die ostdeutschen Frauen möglichst schnell ihres Frau-Seins bewusst werden, dass sie sensibilisiert werden für patriarchale Strukturen. Bekanntlich verband die sogenannte Zweite Frauenbewegung der Bundesrepublik, die ihre Hoch-Zeit Anfang der 70er-Jahre hatte, im Allgemeinen Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik. Ihre These war: Kapitalismus funktioniert nur zusammen mit Patriarchat, weil die kapitalistische Ausbeutung geschlechtsspezifische Arbeitsteilung braucht.¹⁵ Diese These ist sicherlich richtig, aber für die Analyse von DDR-Verhältnissen nicht hilfreich. Es ist an der Zeit, dass ostdeutsche Frauen ergänzen: Patriarchat funktioniert auch ohne Kapitalismus, nur anders.

Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland

Die bis heute spürbare Frauen- und Familienpolitik der DDR hat das Patriarchat gezügelt, aber nicht infrage gestellt. Die unterschiedlichen frauenpolitischen Traditionen, die im Gleichstellungsbericht zur Sprache kommen, sprechen nicht gegen ebenfalls vorhandene gemeinsame Traditionen zwischen Ost und West.

Das soll an einigen ausgewählten Aspekten erläutert werden – in Ermangelung wohldefinierter und geprüfter Indikatoren, mit denen man patriarchale Gesellschaften messen könnte. Jeder dieser Aspekte ruft nach gründlicher sozialwissenschaftlicher Forschung und Auseinandersetzung.

14 Siehe Gutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“, Berlin 2011, S.101.

15 Siehe Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive, Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg 2008, S.99-122.

Erstens. Es gab auch in der DDR eine unangefochten hierarchische Sicht auf *Öffentlichkeit und Privatheit*. Die in der Öffentlichkeit geleistete Arbeit erfuhr auch hier eine sehr viel höhere Wertschätzung als die in der Privatheit, nicht nur gemessen an der Bezahlung. Nur die in der Öffentlichkeit erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen wurden mit gesellschaftlichem Fortschritt in Zusammenhang gebracht.

Zu Öffentlichkeit und Privatheit gibt es seit den 60er-Jahren in Deutschland intensive Debatten und zahlreiche Publikationen, aber nur als Kategorien der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Für diese ist nachgewiesen, dass öffentliche und folglich als relevant geltende Lebensäußerungen dem Manne, private und damit als unwichtig angesehene Lebensäußerungen der Frau zugeordnet werden.¹⁶ Inwieweit eine solche Auffassung auch für Gesellschaften gilt, in denen die Frauen massenhaft in die Öffentlichkeit geholt wurden, ist aus meiner Sicht nicht erforscht. Es fehlen auch sozialwissenschaftliche Aussagen zur Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, in der westlichen Soziologie mit struktureller Rücksichtslosigkeit¹⁷ in Zusammenhang gebracht, in der DDR sehr viel durchlässiger. Was im privaten Bereich passierte, unterlag in der Öffentlichkeit keiner Schweigeverpflichtung. Seit den 60er-Jahren waren die Arbeitsstätten „soziale Orte“, in denen Kindereinrichtungen, Essenversorgung, medizinische Betreuung, Urlaubs- und Freizeitangebote, Kosmetik, Friseur usw. angeboten wurden, mit denen das Privatleben helfend beeinflusst wurde.

Gleichzeitig mangelt es an Analysen über die Kehrseite dieser Unterstützung. Denn die durchlässigere Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in der DDR hatte nicht nur eine helfende Funktion, sondern auch eine kontrollierende, immer gemäß dem Grundsatz, dass in der Öffentlichkeit entschieden wird, was auch im Privaten erstrebenswert ist.

Das zeigt sich beispielsweise an den Debatten um den Erziehungsstil der DDR-Eltern, die seit den 50er-Jahren geführt wurden, zunächst als parteipolitische Forderung,¹⁸ später im Zusammenhang mit umfangreichen so-

16 Siehe Elisabeth Klaus: Öffentlichkeit und Privatheit. Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten, in: Becker/Kortendiek (Hrsg.), Handbuch, S.212.

17 Der Begriff wurde von Franz Xaver Kaufmann Anfang der 90er-Jahre geprägt und spielt auch im 5. Familienbericht der Bundesregierung 1994 eine zentrale Rolle.

18 „Die Kinder unserer Genossen müßten ausnahmslos die fortschrittlichsten und bewußtesten unter den Kindern sein [...] Daß das längst nicht alle Genossen erkannt haben, zeigte sich in [...] einer] Versammlung [...] Dort meldete sich kurz vor Schluß der Debatte Genosse M. zu Wort und erklärte sinngemäß folgendes: Genossen, diese Diskussion hat mich davon überzeugt, daß ich mich um die Erziehung meiner Kinder kümmern muß. Ich bin

ziologischen Untersuchungen, deren Ergebnisse in den Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ (verantwortlich Herta Kuhrig) erschienen.¹⁹ Die Ergebnisse waren immer ähnlich: Die Väter könnten ihre Kinder richtig erziehen, weil sie konkrete Vorstellungen vom sozialistischen Menschenbild haben, tun es aber zu wenig. Die Mütter tun es, können es aber nicht gut genug, weil sie eher „allgemeinere“ Erziehungsziele verinnerlicht haben.

Mit der hierarchischen Sicht auf Öffentlichkeit und Privatheit ist verbunden, dass es auch in der DDR eine Auffassung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit gab, die Frauen benachteiligte. Das betrifft zum einen das Hausarbeitsproblem. Bekanntlich gehört zur Geschichte der Arbeiterbewegung die Auffassung von Adam Smith, Hausarbeit sei nicht produktiv. Diese Arbeit wurde in den konzeptionellen Überlegungen zur sozialistischen Gesellschaft Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend ausgeschlossen, allerdings mit der damals plausibel erscheinenden Begründung, für die „barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit“ in der Hauswirtschaft beginne demnächst die Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft.²⁰ Mit diesem berühmt gewordenen Lenin-Zitat war zwar ein DDR-Haushalt nicht zu beschreiben, aber die Auffassung, dass es sich bei Hausarbeit um ein auslaufendes Modell handelt, blieb erhalten.

Forschung zu diesem Thema, zu Inhalt, Umfang, Verantwortlichkeit für unbezahlte Arbeit im DDR-Haushalt begann 1966 und wurde später immer wieder fortgesetzt.²¹ Heute ist diese Forschung ein Indiz für die Ernsthaftigkeit der Gleichberechtigungsbestrebungen. Ihre Ergebnisse zeigen aber auch die Hilflosigkeit gegenüber stabilen patriarchalen Strukturen, die von Männern wie von Frauen stets aufs Neue reproduziert wurden. Denn immer wieder wurde festgestellt, dass erstens die Erledigung der Hausarbeit mehr Zeit in Anspruch nahm als die Berufsarbeit und dass zweitens

Kaderleiter, viel unterwegs in der Republik und habe bisher die Erziehung meiner Kinder ausschließlich meiner Frau überlassen. Ich sehe aber jetzt ein, daß das falsch ist. Ich werde mich daher in Zukunft, so viel ich kann, selbst um die Erziehung der Kinder kümmern.“ Lotte Ulbricht: Machen wir unsere Kinder immun gegen die bürgerliche Ideologie! Artikel in „Neuer Weg“ April 1958, in: Dies.: Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S.165.

19 Siehe Ursula Schröter/Renate Ullrich: Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2005.

20 W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Ders.: Werke, Bd. 29, Berlin 1976, S.399-424, hier S.419.

21 Ein vergleichbares Projekt aus anderen Ländern ist mir nicht bekannt.

diese Zeit zu 70 bis 80 Prozent die Frauen aufbrachten, auch wenn sie berufstätig waren.²²

Aus heutiger Sicht ist besonders interessant, dass Lösungen für das Hausarbeit-Problem zunächst in drei Richtungen gesehen wurden: Zum einen sollten Frauen bestimmte Arbeiten im Haushalt ganz weglassen, zum zweiten sollten – entsprechend der Leninschen Empfehlung – mehr Arbeiten in gesellschaftliche Dienstleistungsbereiche ausgelagert werden und zum dritten sollte der Haushalt rationalisiert, mehr Technik eingesetzt werden.²³ Partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann schien dann nicht mehr notwendig zu sein; zumindest gehörte dieser Gedanke in den 60er-Jahren nicht zu den Zukunftshoffnungen. Die erste Empfehlung wurde von den DDR-Frauen offenbar angenommen, denn bis heute ist nachweisbar, dass in ostdeutsche Haushalte weniger Zeit investiert wird als in westdeutsche. Der zweite Weg – öffentliche Dienstleistungen – wurde begonnen, und die dafür nötigen gesellschaftlichen Bedingungen wurden bis zum DDR-Ende immer wieder angemahnt. Den dritten Weg, den Einsatz technischer Haushaltgeräte, sah man schon bald kritisch, weil sich herausstellte, dass der Zeitaufwand für Hausarbeit trotz Technisierung nicht geringer wurde. Daran hat sich nichts Grundsätzliches geändert. Auch der Familienbericht der Bundesregierung von 2005 weist darauf hin, dass seit mehr als 100 Jahren Umfang und Verantwortlichkeit für die unbezahlte Arbeit im deutschen Haushalt fast stabil geblieben sind und dass jede technische Neuerung im Haushalt andere, bisher nicht erforderliche Arbeiten hervorrief.²⁴

Viele feministische Debatten und Konferenzen zum Thema gesellschaftlich notwendige Arbeit enden mit der Forderung nach einer neuen Arbeitsdefinition. Aus Frauensicht sei neu zu definieren, was gesellschaftlich notwendig ist. Nicht alles müsse gemacht werden, was technisch machbar sei. In der DDR gab es, abgesehen von den allerletzten Jahren, keine feministischen Debatten. Und als der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft Ende der 70er-Jahre weltweit als „große Hoffnung“ für die Arbeitsgesellschaft²⁵ diskutiert wurde, fühlten sich die DDR-Frau-

22 Siehe Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, 1966, H. 5, S.22.

23 Siehe Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, 1966, H. 4, S.8 und 1966, H. 5, S.32.

24 Siehe Siebter Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“, Berlin 2005, S.155.

25 Siehe Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1979.

en nur partiell angesprochen, weil die Arbeitsgesellschaft in der DDR nicht in Gefahr schien. Heute meine ich, dass das Unbehagen über einen männlich definierten Arbeitsbegriff und die spezifischen Frauenprobleme im Zusammenhang mit der Arbeit im Dienstleistungssektor auch in der DDR hätten debattiert werden müssen. Gesellschaftlich ernst genommene und deshalb gut bezahlte Arbeit war auch in der DDR an das Herstellen und Verändern von Gegenständen gebunden. Die Tarifpolitik war darauf ausgerichtet, das Pflegen und Erhalten des Vorhandenen geringer zu schätzen als das Herstellen und Verändern. Und auch in der DDR hatte dieses Thema eine Geschlechterdimension. Seitdem in den letzten Jahren innerhalb des stark angewachsenen Dienstleistungssektors eine neue Geschlechtertrennung stattfindet, bei der Männer Sachen, Frauen hingegen Personen pflegen und erhalten, werden prompt personenbezogene Dienstleistungen schlechter bezahlt als sachbezogene, gibt es bei den personenbezogenen Dienstleistungen weniger Vollzeitjobs als bei den sachbezogenen.²⁶ Diese Geringschätzung gab es auch in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern. In dem Maße, in dem beispielsweise in der Sowjetunion der Arzt-Beruf von Frauen ausgeübt wurde, verlor er an gesellschaftlichem Wert und wurde schlechter bezahlt.

Zweitens. Mit *Gleichberechtigung* war in der DDR das Heranführen der Frauen an das Männerniveau gemeint. Erklärtes Ziel war, Frauen in die Öffentlichkeit, in die Berufstätigkeit einzubeziehen – aus heutiger Sicht ist das nicht wenig. Aufgabe der Männer war es, Frauen dabei zu unterstützen. Schon für August Bebel war selbstverständlich, dass es Sache der Frau sei, „zu beweisen, daß sie ihre wahre Stellung [...] in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen ist, daran teilzunehmen. Sache der Männer ist es, sie in der Abstreifung aller Vorurteile und in der Teilnahme am Kampfe zu unterstützen.“²⁷ Diese Logik, Frauen müssen neue Wege gehen und Männer müssen sie dabei hilfreich begleiten, war gewissermaßen der Kompass, der die Frauenpolitik prägte. 1971 erschien eine Publikation in der Soziologie-Reihe zu „Problemen der Frauenqualifizierung“, in der festgehalten ist: „Der Mann sollte seiner Frau auch helfen, Probleme des Selbststudiums zu klären.“²⁸ Dass er dazu in der Lage

26 Siehe Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München 2005, S.127.

27 Bebel, Frau, S.613.

28 Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Hrsg.): Probleme der Frauenqualifizierung, Berlin 1971, S.45.

ist, dass er gewissermaßen schon dort ist, wo sie hin will, wurde noch zu diesem Zeitpunkt als normal vorausgesetzt. Dabei existierte das hierarchische Bild von Mann und Frau selbstverständlich nicht nur in den Köpfen von Männern. Aus Analysen von Ehescheidungsverfahren oder auch von Heiratsannoncen, die Anfang der 70er-Jahre durchgeführt wurden, ist abzuleiten, dass Frauen, zumindest im zweiten Anlauf, überwiegend Männer suchten, zu denen sie „aufblicken“ konnten, die nicht nur älter waren, sondern auch einen höheren sozialen Status besaßen.²⁹ Frauen nahmen sich also selbst als „unvollständige Männer“ wahr. Eine solche Begrifflichkeit gab es zwar in der DDR nicht, die Tatsache aber traf zu.³⁰

Zu diesem Thema – wer muss sich ändern, wer entspricht schon dem Leitbild – gibt es neuerdings interessante Vergleiche, wie sich die Rollenbilder von Frauen und Männern in den Familien-Gesetzgebungen beider deutscher Staaten niederschlugen. Es zeigt sich, dass „die Rollenbilder von Frauen und die Verhaltenserwartungen an Frauen überaus deutlich ausgeprägt“ waren und dass sie sich beträchtlich voneinander unterschieden, während die Rollenerwartungen an Männer in den Gesetzen nicht so deutlich und nicht so unterschiedlich durchscheinen.³¹ Mit anderen Worten, in beiden deutschen Staaten wusste man genau, wie Frauen sein sollten, welches Verhalten unterstützt, welches unterdrückt werden sollte. In der alten Bundesrepublik war die Hausfrau, die ihrem Mann den Rücken freihielt, das besonders deutlich bis in die 70er-Jahre geltende Leitbild, in der DDR war dies die werktätige Mutter. Wie Männer sein sollten, spiegelt sich in den Gesetzen nicht im gleichen Maße wider. Männer entsprachen hier wie dort ohnehin schon den Erwartungen.

Männliche Verhaltensweisen änderten sich zwar in den vierzig DDR-Jahren, was bis heute die Männerforschung als Ost-West-Unterschiede wahrnimmt, aber sie standen nicht offiziell zur Debatte und erst recht nicht zur Disposition. Einbeziehung der Männer in den Privathaushalt war eine wissenschaftliche, in vielen Familien auch eine private Forderung, aber keine politische, obwohl Clara Zetkin bereits 1899 in einem Aufsatz prophezeite: „Erschließt die Berufstätigkeit der Frau die Welt, so gibt sie dem Mann das Heim zurück. Denn wenn die Frau auf allen Gebieten menschlichen Schaffens als Mitarbeitende neben dem Mann steht, so gewinnt dieser Zeit und Kraft, als Mitarbeitender im Heim und bei der Erziehung der Kinder

29 Siehe Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, 1971, H. 4, S.56 und 1973, H. 5, S.80.

30 Sie entstammt der westlichen Literatur, siehe Haug, Vier-in-einem-Perspektive, S.97.

31 Siehe Gutachten, S.37.

neben der Frau zu wirken.³² Clara Zetkin sprach in diesem Zusammenhang von einem „Vollleben“, das Männer und Frauen im Sozialismus zu erwarten hätten. Die DDR hat dieses Vollleben nur für Frauen angestrebt und damit für die männliche Persönlichkeitsentwicklung Chancen vergeben. Es lohnt also, auch die theoretischen Wurzeln der DDR-Frauenpolitik neu zu lesen, neu zu verstehen, neu zu interpretieren – gewissermaßen mit der Weisheit einer Niederlage.

Drittens. Das *Abtreibungsverbot* gilt oft als Kernstück der Frauenunterdrückung, und wenn sich die Thesen von Gerda Lerner als richtig erweisen sollten, dann war es auch an der Entstehung des Patriarchats beteiligt. In der SBZ bzw. DDR wurde Abtreibung nach Kriegsende liberal behandelt, § 218 des BGB galt nicht mehr und einen neuen Paragraphen gab es zunächst nicht. Das ist ganz sicher ein Hinweis darauf, dass die Entscheidungsträger sehr wohl über Vergewaltigungen in der Nachkriegszeit informiert waren. Das musste aber ein Tabu-Thema bleiben, weil die Sowjetsoldaten nicht nur Männer, sondern auch Klassenbrüder waren. Im September 1950 wurde dann, noch von der provisorischen Volkskammer, das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ verabschiedet, das in § 14 das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in familiären Angelegenheiten aufhob, das aber auch in § 11 die soziale Indikation für eine Abtreibung, die bis dahin zwar nicht de jure aber de facto wirksam war, zurücknahm.³³ Diese zweifellos patriarchale Entscheidung wurde erst 1965 durch eine „Instruktion des Ministeriums für Gesundheitswesen“ wieder gelockert und 1972 aufgehoben. Als Anfang März 1972 eine Abtreibung, „wenn die Frau es will“, für rechtens erklärt und dem Krankheitsfall gleichgesetzt wurde (also kostenlos war!), überraschte das möglicherweise manche JuristInnen und MedizinerInnen nicht, vielleicht auch nicht die Teilnehmerinnen am Ersten DDR-Frauenkongress 1964, aber für die Masse der DDR-Frauen war dieses Gesetz das, als was es propagiert wurde: ein Frauentagsgeschenk. Das Gesetz wurde nicht wie das Familiengesetz einige Jahre zuvor im Entwurf breit diskutiert. Auch erfuhren nur wenige, dass es bei der Abstimmung in der Volkskammer erstmals Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gab. Genau neun Monate vor der Veröffentlichung des DDR-Gesetzes fand im Westen die spektakuläre Stern-Ak-

32 Clara Zetkin: *Der Student und das Weib*, 1899, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist*, Berlin 2008, S.62.

33 Siehe Karin Thietz: *Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des § 218 in der DDR*, Dokumente, Berlin 1992.

tion „Ich habe abgetrieben“ statt. So bleibt zum Thema Abtreibung im geteilten Deutschland festzuhalten, dass im Westen die lautstarke Forderung ohne juristisches Ergebnis blieb, während im Osten das juristische Ergebnis ohne lautstarke Forderung eintrat.

Viertens. Es sind die asymmetrischen *Machtstrukturen* zu betrachten, die nach Eva Cyba auf jeden Fall zur Charakterisierung des Patriarchats gehören. Das Thema kann auch für die DDR etwa folgendermaßen auf den Punkt gebracht werden: je höher die Entscheidungsebene, desto weniger Frauen. Diese Tatsache ist seit 1990 relativ häufig diskutiert worden und war auch in der DDR kein Geheimnis. Doch gab es in den 40 Jahren deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung dieser Asymmetrie. Solange Lotte Ulbricht Einfluss hatte, wurde das Problem zumindest angesprochen. Das Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“, das im Dezember 1961 veröffentlicht wurde, kritisierte in erster Linie, dass zu wenig Frauen an der „Lenkung des Staates“ beteiligt seien. Und Lotte Ulbricht ließ in der Folgezeit keine Gelegenheit aus, um öffentlich zu betonen, dass dieses Kommuniqué vor allem für Männer geschrieben sei, weil vor allem sie sich ändern müssten. Engstirnigkeit, Kurzsichtigkeit, mangelndes Vertrauen und Voreingenommenheit gegenüber Frauen seien zu überwinden.³⁴ Heute gelesen, hinterlassen die Texte um das Kommuniqué bei mir zwiespältige Gefühle. Zum einen ist eine erstaunlich kritische Sicht festzustellen im Vergleich zu dem, was danach kam. Zum anderen offenbaren sie eine Orientierung ausschließlich auf Bewusstseinswandel, auf Einstellungsänderungen. Dass festgeklopfte gesellschaftliche Strukturen die Frauen daran hindern könnten, Führungspositionen zu übernehmen, wurde nicht in Erwägung gezogen. Ende der 80er-Jahre jedenfalls lag der Anteil der Frauen an Leitungsfunktionen aller Ebenen bei etwa 30 Prozent.

Fünftens. Überlegungen *zu Klasse und Geschlecht* sind für mich in diesem Zusammenhang das wichtigste Thema, das gleichzeitig am meisten nach solider Forschung ruft. Über die Beziehungen zwischen Klasse, Geschlecht, Ethnie, Generation und andere gesellschaftliche Widersprüche muss neu nachgedacht werden. Für unbestreitbar halte ich, dass die absolute Dominanz der Klassentheorie und Klassenpolitik, die das DDR-Konzept prägte

34 Siehe Autorenkollektiv: Alles für die Entwicklung und Förderung der Frauen, Berlin 1964, S.49.

und die in Zeiten des Kalten Krieges lebensnotwendig erschien, dem Patriarchat gut tat. Diese Dominanz verstellte den Blick für spezifische Potenzen der weiblichen Sozialisation.

Das möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen. Zunächst durch einen Rückblick auf Dokumente des Demokratischen Frauenbundes Deutschland (DFD).³⁵ Im Zuge der Recherche solcher Dokumente hat sich meine Einstellung zur einzigen Frauenorganisation der DDR, deren Mitglied ich seit 1969 war, sehr verändert. Das Bild einer biederen Organisation, die den Frauen die Parteibeschlüsse erläuterte, geriet zumindest für die 40er- und 50er-Jahre sehr ins Wanken. Schon die Tatsache, dass der DFD 1947 mit dem Gelöbnis von „schwesterlicher Verbundenheit“ gegründet wurde, ist bemerkenswert. Offizielle Dokumente der späteren DDR-Jahre enthielten ausschließlich die „brüderliche Verbundenheit“, die Bruderparteien, die Bruderländer. Freilich war das kein ehrliches Bekenntnis zur Dominanz von Männern, sondern meinte – ganz wie die „Ode an die Freude“ – die Menschen im Allgemeinen. Die Gründungsfrauen des DFD schlossen mit ihrer Formulierung aber Männer aus, signalisierten Misstrauen gegenüber Männerpolitik und hatten nach zwölf Jahren Faschismus ja auch allen Grund dazu. Entsprechend autoritär wurden der DFD und seine jeweiligen Vorsitzenden in den Anfangsjahren behandelt. Betriebsgruppen waren zunächst erlaubt, später verboten, das ursprüngliche Mitspracherecht bei der Gesetzgebung wurde dem DFD später verwehrt, seine Mitgliedschaft in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) offiziell gewürdigt, unter der Oberfläche aber sehr misstrauisch beobachtet. Dahinter stand immer die Grundangst, die „bürgerlichen Frauen im DFD“ könnten der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Wege stehen.

Vor allem Ende der 40er-Jahre waren der DFD und mit ihm die gesamte Frauenarbeit der SED harter Kritik ausgesetzt. Seit wann gibt es in der Partei Männer- und Fraueninteressen? Diese Frage wurde im „Neuen Deutschland“ sehr polemisch behandelt. Und in einer Vorlage für das Zentralsekretariat der SED ist zu lesen, dass die Partei sich zu wenig um die anderen Massenorganisationen kümmert und zu viel um den DFD, ohne „jedoch die klare politische Führung zu sichern [...] Die Arbeit zur Um-erziehung der Frauenmassen muß verstärkt werden [...] Die Genossinnen des DFD werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich als

35 Siehe Ursula Schröter: Die DDR-Frauenorganisation im Rückblick, in: Dies./Renate Ullrich/Rainer Ferchland: Patriarchat in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in DFD-Dokumenten, DEFA-Dokumentarfilmen und soziologischen Befragungen, Berlin 2009.

Beauftragte der Partei zu fühlen haben.“³⁶ Die Parteienunabhängigkeit, die zum Gründungsergebnis des DFD gehörte, wurde in den ersten Jahren von den Frauen ganz offensichtlich ernst genommen.

Später, nachdem drei DFD-Vorsitzende abgelöst worden waren bzw. wegen Krankheit nicht wieder kandidierten, wurden die Kritiken seltener. 1953 fand in Berlin eine Konferenz statt, die unter dem Motto stand „Die Frauen fördern heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken“. Frauenfrage und Klassenfrage standen also scheinbar in Übereinstimmung. Dennoch sprach Walter Ulbricht noch 1963 auf dem VI. SED-Parteitag die Hoffnung aus, dass der DFD nun auch „die letzten Reste von Sektierertum“ überwinden möge.³⁷

Als zweites Beispiel zum Thema „Klasse und Geschlecht“ sei hier der Erste Frauenkongress 1964 angeführt. Zunächst fällt auf, mit welchem riesigem Aufwand der Kongress vorbereitet und ausgewertet wurde. Monate vorher wurde festgelegt, zu welchen Terminen, einschließlich Tageszeiten, das DDR-Fernsehen über den Kongress berichtet, welche Briefmarken, welche Dia-Serien, welche Leserbriefaktionen vorzubereiten sind, worauf sich die Zeitungen und der Rundfunk einzustellen haben usw. Die Antragkommission, die sich im Vorfeld gebildet hatte, nahm mehr als 13.000 Anträge aus der weiblichen Bevölkerung entgegen, die den Frauenalltag in berührender Weise widerspiegeln. Diese Anträge wurden noch vor dem Kongress analysiert und nach dem Kongress an die entsprechenden staatlichen Stellen weitergeleitet.³⁸ Acht Monate nach dem Kongress mussten der Ministerrat und die Staatliche Plankommission über die „Verwirklichung der Vorschläge und Empfehlungen des Frauenkongresses“ berichten. In diesem Bericht wurde beispielsweise informiert, dass ab dem 2. Halbjahr 1965 die volle Versorgung aller Bezirke der DDR mit löffelfertiger Kindernahrung erreicht werden sollte. Zur Erfüllung der Forderung nach kombinierbaren tischfertigen Gerichten war noch im Jahr 1965 der Import von Automaten vorgesehen, wodurch die Produktion von tischfertigen Gefriergerichten nahezu verdreifacht werden könne.³⁹ Die Dokumente sprechen zweifellos für ehrliche Fürsorglichkeit gegenüber Frauen. Aber sie zeugen auch von einem ungebrochenen Erziehungsbedürfnis und Misstrauen Frauen gegenüber. Denn sowohl im Vorfeld als auch nach dem Kon-

36 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), NY 4036/731.

37 Siehe Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd 1, Berlin 1963.

38 Siehe Schröter, Die DDR-Frauenorganisation im Rückblick, S.45-47.

39 Siehe ebenda, S.48-51.

gress wurde der Bewusstseinsstand der Frauen scharf kritisiert. Sie würden immer noch vorwiegend Probleme diskutieren, die mit ihrem individuellen Leben zusammenhängen und so von den Hauptfragen des Kongresses ablenken.⁴⁰ Ausgangspunkt solcher Kritiken waren oft der Frauenwunsch nach Teilzeitarbeit und vor allem das offene Eingeständnis, dass „persönliche Interessen ausschlaggebend“ für sie seien.⁴¹

Als 1969 der zweite und letzte Frauenkongress stattfand, schienen die Frauen sich deutlich gebessert zu haben. In einer abschließenden Information, wahrscheinlich an das Politbüro, heißt es: „Der Kongreß machte eindrucksvoll sichtbar, daß die Frauen und Mädchen bereit sind, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Sie beschäftigen sich nicht nur mit Problemen, die sich auf ihr unmittelbares Leben in der Familie, auf ihren Arbeitsplatz beziehen, sondern auch mit solchen, die das Vorwärtskommen unserer ganzen Gesellschaft betreffen.“⁴² Aber das waren dann wohl schon der Übergang zu Sprechblasen und der Abschied von Frauenpolitik überhaupt.

Soweit meine Überlegungen zum Thema „sozialistisches Patriarchat“. Mir ging es darum, die Grenzen der DDR-Frauenpolitik deutlich zu machen, ohne den Chancenreichtum zu leugnen. Ich zähle mich zu den Ostdeutschen, denen die rückblickende Kritik weh tut, weil sie auch auf eigene Defizite verweist. Heute weiß ich, dass die DDR auch bezüglich der Geschlechterverhältnisse nicht in jeder Hinsicht die erhoffte Alternative zur Bundesrepublik Deutschland war. Ein neuer Gesellschaftsentwurf, den ich für dringend erforderlich halte, muss konsequenter mit der Geschlechterfrage umgehen.

40 Siehe ebenda, S.44.

41 Siehe ebenda, S.43f.

42 Siehe ebenda, S.41.